

Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover

Ausgabe 2/ 2024

Bereit für mehr

Wir fordern: Einführung einer



Inhalt:

- » **Stadtrat:**
 - Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber
 - Oberbürgermeister Onay verharmlost den Nationalsozialismus und die Gewerkschaftsvertreter rufen zum Krieg gegen die AfD auf!
 - Nach dem Angriff auf den SPD-Politiker Ecke:
„Zweierlei Maß - die Republik der verlogenen Heuchler“
- » **Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt**
 - Wir beantragen die Abwahl von Bezirksbürgermeister Rolf Schulz
- » **Bothfeld-Vahrenheide** • Neues aus dem Bezirksrat

Hannover. Aber normal.



Wir fordern: Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber

» Diese soll die bisherigen Bargeldleistungen ersetzen und Anreize für Asylbewerber minimieren, sich in Hannover nieder zu lassen.

Die Bezahlkarte ermöglicht es, dass Leistungen gezielt für den Lebensunterhalt innerhalb Deutschlands verwendet werden, ausdrücklich ohne die Möglichkeit von Geldtransfers ins Ausland!

nachhaltig bekämpft. Die Entscheidung für die Bezahlkarte folgt einem bundesweiten Beschluss und stellt einen wichtigen Schritt dar, um den Ankündigungen der Bundesregierung Taten folgen zu lassen.«



Glücksspiel und andere nicht essentielle Ausgaben werden ebenfalls blockiert.

Der missbräuchliche Umgang von Sozialleistungen wird somit nach-

Hannover hat die Chance, hier als Vorreiter zu agieren.



Hier geht es zum Antrag

» Oberbürgermeister Onay verharmlost den **Nationalsozialismus**

und die Gewerkschaftsvertreter rufen zum **Krieg** gegen die AfD auf!«

» Skandal beim Empfang der Gewerkschaften im Rathaus: Oberbürgermeister Onay verstößt gegen Neutralitätsgesetz und verharmlost Nationalsozialismus.

folgende Aussage „Ich freue mich, dass dieser Button getragen wird, denn das sind Faschisten“.

Wir fordern ihn daher auf, sich unverzüglich und in aller Form für seine Äußerungen zu entschuldigen und seine Verharmlosung des Nationalsozialismus klar und deutlich zurückzunehmen. Darüber hinaus erwarten wir von ihm, dass er sich seiner Verantwortung als oberster Repräsentant unserer Stadt bewusst wird und in Zukunft mit seinen Äußerungen deutlich mehr Zurückhaltung und Sensibilität walten lässt.

Am 29.04.2024 wurden führende Gewerkschaftsvertreter zum Empfang bei dem Oberbürgermeister der Stadt Hannover eingeladen. An dieser Veranstaltung nahmen auch 2 Ratsherren aus der Stadtratsfraktion der AfD teil. Schon am Eingang wurden von den Gewerkschaftsvertretern Buttons „Kein Frieden mit der AfD“ verteilt. Dieser wurde, bis auf sehr wenige Ausnahmen, von allen Anwesenden getragen.

Mit dieser Aussage hat der Oberbürgermeister unserer Stadt nicht nur gegen das Neutralitätsgesetz verstoßen. Er hat sogar noch den Nationalsozialismus verharmlost. Dieses Verhalten ist in höchstem Maße inakzeptabel und steht im krassen Widerspruch zu den Werten unserer Stadt und unserer Gesellschaft.

Zusätzliche Informationen:

Herr Onay, der eingeladen hatte und auch das Hausrecht im Rathaus besitzt, ließ dieses unter seiner Aufsicht geschehen. Allein das ist schon ein Verstoß gegen das Neutralitätsgesetz. Aber wer unseren Oberbürgermeister kennt, dem ist auch bewusst, dass es noch schlimmer kommt. Bei seiner Ansprache machte Herr Onay dann noch folgende Aussage

Der Nationalsozialismus war ein verbrecherisches und menschenverachtendes System, das Millionen von Menschen das Leben kostete. Es ist unsere moralische Pflicht, die Opfer zu ehren und dafür zu sorgen, dass sich solche Verbrechen niemals wiederholen. Der Oberbürgermeister hat mit seinen Äußerungen nicht nur gegen das Neutralitätsgesetz verstoßen, sondern auch den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Angehörigen tief ins getroffen.

• **Das Neutralitätsgesetz verbietet es öffentlichen Amtsträgern, in ihrer Eigenschaft als solche für oder gegen eine bestimmte politische Partei oder einen bestimmten Kandidaten zu werben.**

• **Die Verharmlosung des Nationalsozialismus ist eine Straftat nach § 188 StGB.**



Aber kommen wir noch einmal zu den Vertretern der Gewerkschaft zurück. Dieser Button kostet Geld. Wir fragen uns, wer hat die Kosten übernommen? Wird dieser aus Mitgliedschaftsbeiträgen bezahlt? Wissen die Mitglieder der Gewerkschaften, für was ihre Beiträge ausgegeben werden?

Wo bleibt ein politisches Statement bezüglich der Islamisten-demo in Hamburg? Ist es nicht Aufgabe von Gewerkschaften, sich Sorgen um die Arbeitsplätze zu machen und wirtschaftliche Verwerfungen aufzuzeichnen? «



Nach dem Angriff auf den SPD-Politiker Ecke:

Zweierlei Maß - die Republik der verlogenen Heuchler...



» Das Ausmaß an Heuchelei und Verlogenheit, das sich in diesen Tagen offenbart, macht einen fassungslos - und erfüllt einen nur noch mit tiefster Verachtung für alle, die dabei mitmachen. Und das ist so gut wie der gesamte politisch-mediale Komplex aus Altparteien und Mainstreampresse, allen voran der GEZ-Staatsfunk.

In Dresden ist der SPD-Europaabgeordneter Matthias Ecke tötlich angegriffen und krankenhausreif geschlagen worden - ein Verbrechen, das aufs Schärfste zu verurteilen ist. So weit, so schlecht.

Aber wo waren die, die sich jetzt vor Empörung überschlagen, bei den ungezählten Angriffen auf Politiker und Anhänger der AfD, die es in den vergangenen Jahren gegeben hat? (Von den in die Hunderte bis Tausende gehenden Attacken auf Geschäftsstellen und Stände der AfD gar nicht zu reden.) Wie war da die Reaktion?

Antwort: Schweigen im Walde, häufig sogar Häme, klammheimliche Genugtuung, schäbiges Anzweifeln der Taten und Lächerlich machen der Opfer.

Stehende Dummphrase dazu: "Die AfD gefällt sich wieder in der Opferrolle."

Auch in Hannover ist die AfD seit ihrem Bestehen zahllosen Angriffen ausgesetzt gewesen.

Gleich nach unserem Einzug in den Stadtrat, Anfang Februar 2017, wurden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Wohnhäuser unserer sechs Ratsherren samt zugehörigen Bürgersteigen mit Anti-AfD-Parolen und persönlichen Beleidigungen ("**Hier wohnt ein Faschist!**") beschmiert, es wurden Flugblätter mit sensiblen persönlichen Daten in der Nachbarschaft verteilt.

Zu einer Verurteilung dieser Übergriffe, wie von der AfD-Fraktion gefordert, war der gesamte Stadtrat nicht bereit - mit Ausnahme der "Hannoveraner"-Fraktion, die zum Teil ebenfalls von dem Angriff betroffen war. Stattdessen mussten wir uns hämische Bemerkungen nach dem Muster "selbst schuld" anhören.

Zweimal wurde der Eingangsbereich unserer Fraktionsgeschäftsstelle beschmiert. Es kam zu zahlreichen physischen Angriffen auf Stände der AfD, zu andauernden Pöbeleien sowieso. 2019 musste sich unser Ratsherr Reinhard Hirche beim Plakate hängen eines Messerangriffs erwehren.

Der Täter wurde nie zur Rechenschaft gezogen, obwohl überdeutliche Hinweise gegen ihn vorlagen.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei verliefen jedoch höchst seltsam. Wir haben das alles seinerzeit auf unserer Facebook-Seite dokumentiert. Alles in allem kamen wir in Hannover aber noch recht glimpflich davon, verglichen mit zahlreichen viel krasserem Angriffen anderswo.

Nur ein Beispiel: 2016 wurde der damalige rheinland-pfälzische AfD-Fraktionschef Uwe Junge angegriffen und verletzt, in der gleichen Woche unser damaliger Bundeschef Jörg Meuthen. Beatrix von Storch wurde schon vor Jahren zweimal das Auto abgefacelt, Tino Chrupalla traf es vor drei Jahren. Und ... und und

Nie war irgendeine nennenswerte Reaktion oder gar Verurteilung seitens der "demokratischen Parteien" und ihren Komplizen in den Medien zu vernehmen. Aber jetzt beim SPD-Mann Matthias Ecke aus Dresden - wir wünschen ihm gute Besserung! - steht die ganze Republik kopf.

Man kann diese ganze Bagage mit ihren doppelten Maßstäben, mit ihrer schamlosen Verlogenheit und Heuchelei nur noch abgrundtief verachten ... «



Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

Höchste Zeit für Veränderung im Bezirksrat!

Wir beantragen die Abwahl von Bezirksbürgermeister Rolf Schulz.

Warum?

Hier sind unsere wesentlichen Gründe:

- » Fehlende Neutralität und mangelndes Eingreifen bei Beleidigungen und Diffamierungen gegen Bezirksratsmitglieder während der Sitzungen.
- » Häufige Abwesenheit bei wichtigen Ausschusssitzungen und Veranstaltungen, die den Stadtbezirk direkt betreffen.
- » Verweigerung von Transparenz und Informationspflicht gegenüber den Bürgern.
- » Öffentliche Kritik am eigenen Integrationsbeirat, was die weitere Zusammenarbeit erschwert.



» Für uns ist klar: Herr Schulz ist als Bezirksbürgermeister in seinem Amt nicht mehr tragbar. Anders sah es natürlich das Altparteien-Kartell. Mit lauten und unqualifizierten Zwischenrufen versuchte die CDU unsere Begründung zu stören. Am Ende waren sich wieder alle einig. Unser Antrag wurde abgelehnt. Auch unser Antrag für die Installation zentraler

Informationskästen im Stadtbezirk konnte keine Mehrheit finden. Dabei ist es unserer Meinung nach wichtig, analoge Infoquellen zu haben, damit sich ältere Menschen ohne Zugang zum Internet über das aktuelle Geschehen im Bezirk informieren können. Im Katastrophenfall (z.B. Stromausfälle) können zentrale Infokästen wichtige Infoquellen für alle Einwohner sein. «



Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide

Neues aus dem Bezirksrat

» Es gab einen Termin vor Ort zur Straßenplanung bei einer Apotheke, die mit Arztpraxen, (Sanitäts)Geschäften und Wohnungen erweitert und vergrößert werden soll, wobei aber öffentliche Parkplätze wegfallen sollen bei einer älter werdenden Gesellschaft, die wegen Krankheiten und Behinderungen auf das Auto angewiesen ist. Es empfiehlt sich allen Bürgerinnen und Bürgern, sich rechtzeitig in die langwierigen (Straßen)Planungen einzubringen und gegebenenfalls zu widersprechen.

Weiterhin hielt Kämmerer Dr. Axel von der Ohe einen Vortrag zum Haushaltssicherungskonzept und den Einsparungen (auch bei den „kleinen“ Bibliotheken, Vereinen und Bezirksräten) wobei wir nach den Einsparmöglichkeiten bei anwachsenden (eventuell überflüssigen) Ressorts und nach Vermeidung von Steuerverschwendung nachfragten. «



Judith Schunk

Unser aktueller Antrag ist zur besseren Sicherung von Baustellen für Menschen mit Handicap (nachzulesen sind die meisten Drucksachen auf unsere Homepage afd-fraktion-hannover.de)

Hannover. Aber normal.

Impressum:

AfD-Fraktion im Rat der LHH,
 Herrenstr. 7, 30159 Hannover
info@afd-fraktion-hannover.de
www.afd-fraktion-hannover.de
 Telefon: 0511-168 31845